Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Jean Ziegler: „Der G20-Gipfel gehört ersatzlos abgeschafft"
2. G20: Gabriel diskutiert mit Trump – und stellt die Welt auf den Kopf
3. Wenn die journalistische Norm der brave Bürger ist
4. Betriebsräte stärken, kriminelle Unternehmer bekämpfen!
5. "Jobwunder"? Aktivierende Arbeitsmarktpolitik führt zu Erwerbsarmut
6. Mismatch am Arbeitsmarkt: Zu wenig Helferjobs
7. Bombardier Hennigsdorf: Arbeiter wütend auf die IG Metall
8. „Ein Todesurteil für Tausende Flüchtlinge"
9. Die Schlacht um Mossul: Der Mythos vom sauberen Krieg
10. Gefährliche US-Eskalation in Syrien
11. Darf Deutschland legal Atomwaffen besitzen oder bauen?
12. 9/11-Anschläge: Laut Gerichtsbeschluss bleibt FBI-Bericht über saudische Verbindungen geheim
13. Basis schlägt zurück
14. Gleich zwei SPD-Minister sind beliebter als Schulz

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Jean Ziegler: „Der G20-Gipfel gehört ersatzlos abgeschafft"**
   Denkt Jean Ziegler an die G20, wird er zornig. Der Soziologie-Professor und langjährige UN-Diplomat wirft den Vertretern der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer vor, im Kampf gegen Hunger und Krieg völlig versagt zu haben. […]
   Herr Ziegler, was halten Sie vom G20-Treffen in Hamburg?
   Ziegler: Nichts! Der G20-Gipfel gehört sofort und ersatzlos abgeschafft. Er hat keinerlei völkerrechtliche Legitimation.
   Warum?
   Ziegler: Weil er total undemokratisch ist und die Vereinten Nationen schwächt.
   Das müssen Sie erklären.
   Ziegler: Ursprünglich war das Ende der 70er Jahre von Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem französischen Präsidenten Valery Giscard d'Estaing ins Leben

gerufene Gipfelformat nur ein Forum für den informellen Austausch zwischen einzelnen Staaten. Inzwischen maßen sich die dort versammelten Regierungschefs der wirtschaftlich mächtigsten Staaten Entscheidungsgewalt an. Sie repräsentieren zwar zusammen 85 Prozent des Weltsozialproduktes, aber sie vertreten weniger als die Hälfte der Weltbevölkerung. Sicherlich werden auf dem Hamburger Gipfel dringende Probleme angesprochen, die nur international gelöst werden können. Beispielsweise die Klimakatastrophe. Oder die Flüchtlingstragödie im Mittelmeer. Oder das tägliche Massaker des Hungers – alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren, obwohl unser Planet problemlos die doppelte Zahl der derzeitigen Weltbevölkerung ernähren könnte. Aber die Diskussion darüber darf nicht von einem selbsternannten Herrschaftsclub hinter verschlossenen Türen und ohne demokratische Kontrolle geführt werden.
Trotzdem treten die Teilnehmer des Gipfels mit dem Anspruch an, die Interessen der Völker wahrnehmen und die Welt gerechter machen zu wollen.
Ziegler: Dieser Anspruch ist vermessen. Das haben bereits die vergangenen Gipfel gezeigt. Wer genauer hinschaut wird feststellen, dass die Staatschefs dort die Interessen des globalisierten Finanzkapitals, die Interessen einer kleinen Gruppe von Oligarchen vertreten. Sie sind längst keine eigenständigen Entscheidungsträger mehr, obwohl die meisten von ihnen demokratisch gewählt wurden. Nein, die Probleme gehören vor die Vereinten Nationen.
Quelle: Aachener Nachrichten

dazu: G20-Gipfel führt zu Entdemokratisierung
Die „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen“ (DFG-VK) zeigt sich angesichts der Aufrüstung besorgt: „Die G20 müssen sich sehr unsicher fühlen, wenn sie glauben, sich von einer solchen Sicherheitsmaschinerie schützen lassen zu müssen“, so Cornelia Mannewitz von dem Friedensverband: „Angesichts ihrer Politik haben sie aber auch allen Grund dazu.“ Den G20-Gipfel mit aller Gewalt durchsetzen zu wollen, sei politisch falsch: „Grundrechte werden gerade massiv eingeschränkt“, bemängelt die DFG-VK Bundessprecherin: „Allein das Wissen um das Großaufgebot an militarisierten Polizeikräften kann Menschen davon abschrecken, ihr Recht auf Versammlung wahrzunehmen.“
Die DFG-VK ruft für Samstag zu friedlichen Protesten gegen die Grundrechtseinschränkungen und den G20-Gipfel auf: „Das Treffen in Hamburg ist auch eines der am meisten kriegsführenden Staaten, die zudem auch die weltweit größten Rüstungsausgaben und höchstens Rüstungsexporte verantworten“, erklärt Cornelia Mannewitz dazu: „Gewaltfreie Proteste sind zwingend notwendig.“

Quelle: DFG-VK

Anmerkung C.G.: *Auch die DFG unterscheidet nicht zwischen G7 und G20, ruft aber zurecht wie ich finde zu friedlichen Protesten gegen Grundrechtseinschränkungen, die hohen Rüstungsausgaben und -exporte auf.*
Allerdings leider ohne darauf hinzuweisen, dass beispielsweise Russland in 2016 nur rund 11 Prozent der Rüstungsausgaben hatte im Vergleich zur USA.

dazu auch: Brief an Merkel: Papst schaltet sich in G20-Gipfel ein
In den Hamburger Messehallen haben die Staats- und Regierungschefs ihre G20-Beratungen begonnen. Papst Franziskus richtet einen dringenden Appell an Angela Merkel – und kritisiert indirekt Donald Trump.
Er nimmt zwar nicht in Hamburg teil, aber der Papst mischt trotzdem beim G20 mit: Franziskus hat von den Staats- und Regierungschefs gefordert, die Armen in ihren Entscheidungen besonders zu berücksichtigen.
"Es ist (…) notwendig, dass (…) den Armen, den Flüchtlingen, den Leidenden, den Vertriebenen und den Ausgeschlossenen – ohne Unterschied von Nation, Volkszugehörigkeit, Religion oder Kultur – absoluter Vorrang eingeräumt wird und ebenso bewaffnete Konflikte abgelehnt werden", schrieb das Oberhaupt der Katholiken in einer Nachricht an Kanzlerin Angela Merkel, die Gastgeberin des Gipfels.
Quelle: Spiegel Online

2. **Gabriel diskutiert mit Trump – und stellt die Welt auf den Kopf**
   Die Welt gibt Gabriel so wieder: "Die Kernfrage beim Handel sei, ob die USA nach wie vor dächten, dass sie immer als Gewinner aus Handelsthemen hervorgehen müssten. Man wolle die US-Regierung davon überzeugen, dass fairer Handel gut für alle Seiten sei – inklusive für die ärmeren Staaten auf der Welt." Das zu sagen, ist von Gabriel, betrachtet man den riesigen Außenhandelsüberschuss Deutschlands nicht nur mit den USA, sondern mit dem Rest der Welt, geradezu unverschämt. Es stellt die Welt auf den Kopf.
   Quelle: Wirtschaft und Gesellschaft
3. **Wenn die journalistische Norm der brave Bürger ist**
   Der G20-Gipfel und die Gegenproteste beschäftigen die Medien seit Tagen. Doch was wird dort berichtet? Werden die Argumente der Kritiker wiedergeben oder geht es darum, eine Symbolpolitik darzustellen? Rechtzeitig zum Gipfel in Hamburg hat das Institut für Protestforschung eine Studie veröffentlicht, die sich diesen Fragen widmet. Sie wurde von den Bewegungsforschern Simon Teune, Dieter Rucht und Moritz Sommer erarbeitet.

Die drei Forscher haben 69 Beiträge zu sieben Demonstrationen untersucht, die zwischen 2003 und 2015 erschienen sind. Elf Medien wurden untersucht, darunter Taz, Bild, die Wochenzeitungen Spiegel, Focus und Die Zeit sowie die öffentlich-rechtlichen Sender ARD, ZDF und Deutschlandfunk. Die Medienauswahl ist ein Schwachpunkt der Studie. Es gibt hier nur konservative und liberale Medien. Medien links von der Taz werden einfach ignoriert. Bemerkenswert ist, dass nicht einmal in der Einleitung begründet wird, warum weder die Wochenzeitung Freitag oder die Jungle World noch die Tageszeitungen Neues Deutschland und junge Welt zu den Untersuchungsobjekten gehören. Zumindest eine Zeitung aus dem linken Spektrum hätte schon berücksichtigt werden müssen. So setzt sich auch in der kritischen Protestforschung die Ausblendung linker Positionen fort.
Quelle: Telepolis

4. **Betriebsräte stärken, kriminelle Unternehmer bekämpfen!**
   Viele Betriebsräte stehen unter Beschuss durch Union Buster. Neu-Gründungen von Betriebsräten sind ein riskantes Abenteuer.
   Die Demokratie hinter deutschen Werkstoren ist insgesamt lückenhaft und verstümmelt:
   - Unternehmer-Kriminalität gegen Betriebsräte ist in Deutschland weitgehend straffrei.
   - Die Hemmschwelle für aggressionsbereite Unternehmer und skrupellose Dienstleister sinkt, der Rechtsnihilismus grassiert.
   - Schätzungsweise nur noch 9% aller Betriebe mit mehr als fünf Beschäftigten haben einen Betriebsrat.
   - Schätzungsweise nur noch 41% aller Beschäftigten werden durch einen Betriebsrat vertreten. (Dabei sind management-hörige, untätige, konflikt-unfähige Gremien mitgezählt.)
   - Genaue Zahlen zu Straftaten gegen Betriebsratsmitglieder, Behinderung ihrer Arbeit, Sabotage gegen Betriebsratswahlen und (gescheiterten) Neugründungen sind Mangelware. Das Feld ist weitgehend unerforscht.

   Es ist Zeit, die Bedrohung von aktiven Betriebsräten schonungslos aufzuklären, die Ursachen klar zu benennen, das Ruder endlich herum zu reißen!
   Quelle: arbeitsunrecht

5. **“Jobwunder”? Aktivierende Arbeitsmarktpolitik führt zu Erwerbsarmut**
   Die Hans-Böckler-Stiftung hat heute eine Studie vorgelegt, die es in sich hat. Detailliert analysieren und schildern die ForscherInnen den Zusammenhang zwischen Erwerbsarmut und aktivierender Arbeitsmarktpolitik. Es zeigt sich: Hartz IV und Agenda 2010 haben “Armut trotz Arbeit” in Deutschland verschärft. Und zwar weit mehr als in anderen europäischen Ländern.
   Aktivierende Arbeitsmarktpolitik unterstellt, dass Arbeitslose einen gehörigen Tritt in den Allerwertesten bräuchten, um überhaupt wieder Arbeit anzunehmen bzw. annehmen zu wollen. Denn nicht ein Mangel an Arbeitsplätzen, sondern ein Mangel an Arbeitswille und Motivation sei das Problem. “Fördern und Fordern” war die aus dieser Denke abgeleitete Formulierung – mit eindeutigem Schwerpunkt auf dem “Fordern”. Entsprechend hat man europaweit seit den 1990er Jahren die Arbeitsmarktpolitik neu ausgerichtet.
   Quelle: annotazioni
6. **Mismatch am Arbeitsmarkt: Zu wenig Helferjobs**
   Fast jeder Zweite der 2,47 Millionen Arbeitslose hat keinen Berufsabschluss. Für knapp 1,16 Millionen Arbeitslose kommt daher nur eine Arbeitsstelle auf Helferniveau in Frage. Das ist ein Problem für geringqualifizierte Arbeitslose: Trotz der sinkenden Arbeitslosigkeit und einer Rekordzahl offener Stellen kommen auf jede offene Stelle im Helferbereich rechnerisch neun Arbeitslose.
   Rund 2,47 Millionen Menschen waren im Juni 2017 bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) und den Jobcentern arbeitslos gemeldet. Seit Monaten wird über die positive Stimmung am Arbeitsmarkt berichtet: Nicht nur die Arbeitslosenquote ist rückläufig, auch Unternehmen melden einen enormen Bedarf an Fachkräften. Auch die BA verzeichnet stetige Zuwächse in ihrem Stellenangebot. Doch auch im Juni 2017 ist das Verhältnis von Arbeitslosen und offenen Stellen problematisch: Auf jede der BA gemeldeten 730.000 offene Stellen kommen rechnerisch mehr als drei Arbeitslose.
   Quelle: O-Ton Arbeitsmarkt
7. **Bombardier Hennigsdorf: Arbeiter wütend auf die IG Metall**
   Anfang der Woche sprachen Reporter der WSWS mit Arbeitern in Hennigsdorf bei Berlin über den Aufsichtsratsbeschluss von Bombardier Transportation am vergangenen Donnerstag. Viele brachten ihre Enttäuschung und insbesondere ihre Frustration über das Verhalten der Gewerkschaft IG Metall zum Ausdruck, die 2200 Entlassungen und damit der Vernichtung jedes vierten Arbeitsplatzes bei Bombardier in Deutschland zugestimmt hatte.
   Im Hennigsdorfer Werk, das auf eine über hundertjährige Geschichte des Schienenbaus zurückblickt und zu DDR-Zeiten noch 9000 Arbeiter beschäftigte, soll die Großserienproduktion von Zügen bis Ende 2019 eingestellt werden. Laut

Aufsichtsratsbeschluss wird ein sogenanntes Kompetenzzentrum für Entwicklung, Controlling und Service übrig bleiben. Von heute noch 2300 Beschäftigten verlieren bis zu 500 ihren Arbeitsplatz. Bis September soll schon ein Sozialplan fertig vorliegen. Die Aufsichtsratsentscheidung kommt einem Coup gleich, mit dem die IG Metall die Belegschaft überrumpelt. In einem Interview mit dem Tagesspiegel vom 1. Juli triumphierte der Deutschland-Chef von Bombardier Michael Fohrer über die enge Zusammenarbeit mit der IG Metall. „Wichtig ist, dass es uns gelungen ist, ein gemeinsames Konzept zu erarbeiten, ohne Turbulenzen – mit dem Management, der Gewerkschaft und den Arbeitnehmern. Das ist nicht selbstverständlich."
Quelle: WSWS

8. **„Ein Todesurteil für Tausende Flüchtlinge"**
Sea-Eye-Gründer Michael Buschheuer warnt vor dem geplanten Verhaltenskodex für NGOs, die Menschen im Mittelmeer retten.
Sea-Eye-Gründer Michael Buschheuer warnt vor einem Verhaltenskodex für Nichtregierungsorganisationen, die Flüchtlinge aus Seenot retten. Sollten diese in der EU diskutierten Vorschläge umgesetzt werden, kämen sie „einem Todesurteil für Tausende Flüchtlinge" gleich, erklärte Buschheuer am Donnerstag in Regensburg. Italiens Innenminister Marco Minniti wirbt in der EU für ein derartiges Regelwerk. Es sei „eine Mischung aus altbekannten Unwahrheiten und erschreckenden Grausamkeiten", sagte Buschheuer, der die Flüchtlingshilfe Sea-Eye 2015 gründete.
Quelle: FR Online

dazu: Viele Tote im Mittelmeer trotz Rückgang der Flüchtlingszahlen
Über 100.000 Flüchtlinge sind seit Jahresbeginn über das Mittelmeer nach Europa gekommen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist das ein Rückgang von über 56 Prozent. Bei den Toten beträgt der Rückgang dagegen nur 23 Prozent.
Quelle: Migazin

9. **Die Schlacht um Mossul: Der Mythos vom sauberen Krieg**
Die US-geführte Anti-IS-Koalition feiert in diesen Tagen die „Befreiung" der nordirakischen Stadt Mossul. Glaubt man der offiziellen Darstellung, eine blitzsaubere militärische Aktion. MONITOR zeigt jetzt ganz andere Bilder aus einer mobilen Krankenstation mitten in der Stadt. Die Aufnahmen belegen das Leid der Zivilbevölkerung; darunter viele Kinder, die Opfer eines Krieges wurden, der in den letzten Wochen mit unerbittlicher Härte geführt wurde. Auch von der US-geführten Koalition, die bei ihren massiven Luftangriffen auf dicht besiedeltes Gebiet offenbar wenig Rücksicht auf Zivilisten genommen hat.
Quelle: Monitor

10. **Gefährliche US-Eskalation in Syrien**
Seit ihrem ersten Bombardement einer syrischen Militäreinrichtung unter dem Vorwand des Einsatzes von Chemiewaffen am 7. April, eskalieren die USA die Lage weiterhin in gefährlicher Weise. Jetzt, da der „Islamische Staat“ im Irak und in Syrien so gut wie besiegt ist, versuchen sie ihren Einfluss in Syrien für die Zeit nach dem IS zu sichern.
In al-Tanf im Südosten Syriens an der irakischen Grenze haben die USA einen Stützpunkt errichtet, dem sich in einem Umkreis von 55 km keine Truppen der syrischen Regierung und ihrer Verbündeten nähern dürfen. Mehrere Konvois (18. Mai, 6. Juni) und Drohnen (8. Juni, 20. Juni) wurden beschossen bzw. abgeschossen.
Von al-Tanf aus beabsichtigen die USA, sich im Nordosten Syriens ebenfalls ein Einflussgebiet zu sichern, doch das misslang bisher. Das Ziel, die Regierungstruppen und ihre Verbündeten daran zu hindern, die syrisch-irakische Grenze unter ihre Kontrolle zu bringen, wurde nicht erreicht. Am 10. Juni nahmen diese den ersten Grenzstützpunkt seit 2015 ein. Sie trafen sich dort mit den irakischen Milizen von den „Popular Mobilisation Units,“ die von der anderen Seite der Grenze gekommen waren und auf ihrem Weg, den Angaben ihres Anführers Abu Mahdi Al-Muhandis zufolge, 142 Dörfer befreit hatten. Damit besteht nun ein zusammenhängender Landkorridor von Teheran über Bagdad und Damaskus bis Beirut. Obwohl die USA erklärt hatten, das unbedingt verhindern zu wollen, fehlten ihnen offensichtlich die Mittel dazu. Die Schlacht um den Osten Syriens wird vielfach als eine der wichtigsten Schlachten für die Zukunft Syriens und der Region betrachtet. Dort versuchen sowohl die pro-Regime-Koalition als auch die Pro-US-Koalition, möglichst viel von dem Terrain, das durch die Niederlagen des IS frei wird, zu besetzen.
Quelle: KenFM
11. **Darf Deutschland legal Atomwaffen besitzen oder bauen?**
Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages erklärt, dass dies völkerrechtlich über eine “nukleare Teilhabe” und die Ko-Finanzierung von ausländischen Atomwaffen möglich sei
Atomwaffen schützen. Das demonstriert gerade Nordkorea der Weltöffentlichkeit, bislang mit Erfolg, und sieht sich als weitere Atommacht. In Deutschland kam mit dem Amtsantritt von Donald Trump und seinem zuerst zögerlichen Verhältnis zum Beistandspakt der Nato eine Diskussion darüber auf, ob sich Deutschland eigene Atomwaffen zur Abschreckung besorgen sollte. Über die so genannte nukleare Teilhabe würden im Ernstfall auch deutsche Tornados mit Atombomben ausgestattet, was hieße, Deutschland würde an einem Atomkrieg aktiv teilnehmen.
Gerade findet in New York bei den Vereinten Nationen bis Freitag eine Konferenz statt, an der 134 Staaten teilnehmen, um einen Vertragsentwurf zum Verbot von

Atomwaffen zu erstellen. Erinnert wird daran, dass die Atommächte, die zudem einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat haben, mit dem Abschluss des Nichtverbreitungsabkommens oder Atomwaffensperrvertrags (NPT bzw. NVV), die Verpflichtung eingegangen sind, "in naher Zukunft" das nukleare Wettrüsten zu beenden und Verhandlungen aufzunehmen, die Atomwaffen abzurüsten. Das völkerrechtlich bindende Versprechen, mit dem anderen Staaten der Erwerb von Atomwaffen verhindert werden sollte – auch in Deutschland hatte man darüber nachgedacht -, erfolgte vor 50 Jahren.
Quelle: Telepolis

12. **9/11-Anschläge: Laut Gerichtsbeschluss bleibt FBI-Bericht über saudische Verbindungen geheim**
Laut einem US-Gericht muss das FBI Informationen über die Finanzierung der Anschläge vom 11. September 2001 nicht freigeben. Laut dem Beschluss findet das Informationsfreiheitsgesetz in diesem Fall keine Anwendung. Der FBI-Bericht beleuchtet die Verwicklung Saudi-Arabiens in die Anschläge.
Nachdem Journalisten versucht hatten, Verbindungen zwischen den mutmaßlichen Entführern der bei den Anschlägen des 11. September ("9/11") eingesetzten Flugzeuge und zu der Zeit in Florida lebenden Saudis aufzudecken, entschied ein Bezirksgericht in Florida nun, dass das FBI Informationen über die Finanzierung der 9/11-Anschläge zurückhalten darf. Das berichtete die US-Zeitung Herald Tribune am Mittwoch.
Die Vereinigung investigativer Journalisten namens Florida Bulldog ging möglichen Verbindungen zwischen in den USA lebenden Saudis sowie den 19 Männern nach, die in das Attentat involviert sein sollen. Von ihnen stammten 15 aus Saudi-Arabien. Laut FBI-Ermittlungen unterhielten saudische Staatsbedienstete enge Verbindungen zu den mutmaßlichen 9/11-Attentätern und finanzierten diese.
Quelle: RT deutsch

13. **Basis schlägt zurück**
Nationalfeiertag in Venezuela: Anhänger und Gegner der Regierung liefern sich Auseinandersetzungen am Parlamentsgebäude in Caracas
In Venezuelas Hauptstadt Caracas ist es am Mittwoch (Ortszeit) rund um das Parlamentsgebäude zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Gegnern und Anhängern der Regierung von Präsident Nicolás Maduro gekommen. Zuvor hatte im Palast der Legislative die traditionelle Veranstaltung zum Nationalfeiertag am 5. Juli stattgefunden, an der Vizepräsident Tareck El Aissami und mehrere Minister teilgenommen hatten.
Rund um das Gebäude im Zentrum der Metropole hatten sich den ganzen Tag über Chavistas versammelt, Augenzeugenberichten zufolge herrschte Feststimmung. Als

jedoch Abgeordnete der Oppositionsparteien das Gebäude in Begleitung ihrer Leibwächter verließen, kam es offenbar zunächst zu Wortgefechten, die dann eskalierten. Vermummte und mit Schusswaffen ausgerüstete Angehörige eines privaten, von den Politikern angeheuerten Sicherheitsdienstes bedrohten die versammelten Regierungsanhänger. »Als sie die Türen öffneten, sahen wir, wie uns die Maskierten mit ihren Langwaffen bedrohten und Sprengkörper auf uns warfen«, berichtete ein junger Mann, der die Ereignisse verfolgen konnte. Durch das Vorgehen des Sicherheitsdienstes der Nationalversammlung sei der 19jährige Cristhian José Palma Ramos, ein Mitglied des Jugendverbandes der regierenden sozialistischen Partei PSUV, schwer verletzt worden. Er befindet sich den Berichten zufolge inzwischen außer Lebensgefahr. Venezuelas Jugendminister Pedro Infante machte über Twitter die Abgeordneten der Opposition für den Angriff auf die Chavistas verantwortlich und forderte ein Ende von Terrorismus und Gewalt.
Quelle: junge Welt

14. **Gleich zwei SPD-Minister sind beliebter als Schulz**
Politik ist ein schnelllebiges Geschäft. Als Sigmar Gabriel Ende Januar ankündigte, nicht als Kanzlerkandidat der SPD anzutreten und Martin Schulz den Vortritt zu lassen, begründete er dies mit seinen schlechten Umfragewerten. Schulz habe die „eindeutig besseren Wahlchancen“, sagte Gabriel damals.
Ein halbes Jahr später ist die Lage eine völlig andere: Als Außenminister überflügelt Gabriel SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz in der Beliebtheit deutlich – und nähert sich den Beliebtheitswerten der Kanzlerin. Mit Angela Merkel (CDU) sind aktuell 69 Prozent der Befragten zufrieden. Drei Punkte dahinter liegt Gabriel. Das zeigt der aktuelle Deutschlandtrend, den Infratest Dimap im Auftrag der WELT und der ARD erhoben hat. In seiner Zeit als Außenminister gewann Gabriel demnach insgesamt 23 Punkte hinzu.
Quelle 1: Welt Online
Quelle 2: ARD Deutschlandtrend